



Stellungnahme zum Leserbrief in den Elsterberger Nachrichten 04/2008

Die Bürgerinitiative „Unsere Heimat Elstertal – Erhalt einer gesunden Umwelt“ hält die derzeitige öffentliche Diskussion im Zusammenhang mit der bei ENKA geplanten Abfallverbrennungsanlage für gefährlich. Statt intensiv in der Sache zu diskutieren und für unsere Region das Beste herauszuholen, wird von interessierten Kreisen immer wieder versucht vom Thema abzulenken. Es soll gespalten werden zwischen Elsterbergern und „Fremden“ (Leserbrief in den Elsterberger Nachrichten 04/2008), sachlichen BI-Mitgliedern und aggressiven Verhinderern (ENKA Informiert, Teil 1) sowie zwischen Betroffenen und den externen Beratern, welchen unverantwortliche Fehlinformation der Bürger/innen sowie Polemik und letztlich sogar Hochstapelei vorgeworfen wird (ENKA Informiert, Teile 2 und 3 sowie o.g. Leserbrief)

Wir als Bürgerinitiative distanzieren uns von derartigen spaltenden und für die örtliche Gemeinschaft schädlichen Bestrebungen. Wir möchten die bestmögliche Lösung für die Region erreichen und zwar im Interesse aller Elsterberger und aller Menschen in der Umgebung. Dies kann nur mit einer intensiven Diskussion in der Sache geschehen – und hier gibt es wahrlich genug Problematisches zu erörtern. Um die Diskussion auf Augenhöhe mit ENKA führen zu können, die sich im übrigen viel mehr externen Sachbeistand im Verfahren holen wird als sich die BI das jemals wird leisten können, brauchen wir unsere Sachbeistände. Unsere Berater haben nur nachweisbare Aussagen getroffen. Wir halten es unsererseits für unverantwortlich, wenn jemand letztlich als polemisch und unseriös dargestellt wird, nur weil er nicht die gleichen Ansichten wie die letztlich interessengesteuerte Firma ENKA vertritt. Mit Hilfe unserer Sachbeistände haben wir schon jetzt viel erreicht.

Im Leserbrief der Herren Geßner, Kroppe, Koop und Enders in den Elsterberger Nachrichten 04/2008 werden mehrere falsche Aussagen getätigt, auf die wir kurz eingehen müssen. Es wird den Leser/innen nahegelegt, dass ein Sachbeistand der BI ein Hochstapler sei. Einzige Begründung: Im Internet sei die Qualifikation des Beraters nicht nachvollziehbar und tauche dort unter verschiedenen Bezeichnungen auf. Seit wann gibt es eine Pflicht, im Internet vollständige Aussagen zur eigenen Person und Qualifikation zu hinterlegen? Seit wann hat man einen Einfluss darauf, wie einen Dritte bei Veröffentlichungen bezeichnen? Ist es gerechtfertigt, sich deshalb erniedrigende, ehrverletzende und möglicherweise die Straftatbestände der Beleidigung und der üblen Nachrede berührende Äußerungen anhören zu müssen? Wir meinen entschieden NEIN. Unser Berater ist seit mehr als 20 Jahren intensiv mit der Problematik von Abfallverbrennungsanlagen beschäftigt. Er hat uns richtig beraten und zwar im Wesentlichen ehrenamtlich. Über das Umweltnetzwerk wird – je nach Sachfrage, denn niemand kann alles wissen - Kontakt zu weiteren Experten hergestellt, die auf Augenhöhe mit der Firma ENKA diskutieren können. Hiervon haben wir Gebrauch gemacht und werden diesen Service weiter nutzen.

Völlig unzutreffend ist die Behauptung, dass fast alle Mitglieder der Bürgerinitiative keine Elsterberger seien. Wir wenden uns mit aller Deutlichkeit gegen jegliche Tendenzen, „Altbürger“ gegen „Neubürger“ genauso wie Elsterberger gegenüber Nicht-Elsterbergern auszuspielen. 70 % unserer Mitglieder sind Elsterberger. Ebenfalls in keiner Weise zutreffend ist die Aussage, wonach die Bürgerinitiative die Stadt Elsterberg zu einer über 100000 € teuren Umweltstudie bewegen will, wofür neue Schulden gemacht oder Einsparungen bei sozialen bzw. kulturellen gemacht werden müssten. Vielmehr ging es darum, dass die Stadt eine Ausbreitungsrechnung (Kosten rund 15000 €) und - wenn notwendig - eine Vorbelastungsstudie in Auftrag gibt, um ihrer Verantwortung gegenüber allen Bürgern gerecht zu werden. Es wurde erreicht, dass die weitere Ausbreitungsrechnung nach den Vorstellungen der Stadt durchgeführt wird und zwar auf Kosten von ENKA. Das ist ein großer Erfolg. Um die Kosten weiter zu reduzieren war die Bürgerinitiative sogar bereit, einen Teil der Kosten selbst zu übernehmen. Ob auch noch eine Vorbelastungsstudie durch ENKA veranlasst wird, hängt von den Ergebnissen der Ausbreitungsrechnungen ab.

Auch wir wollen die Firma ENKA samt Arbeitsplätzen erhalten. Wir bezweifeln aber, dass dies langfristig über eine Abfallverbrennungsanlage geschehen kann. Einer der größten Abfallentsorger in Deutschland (die Firma Remondis) hat vorgerechnet, dass derzeit bundesweit riesige Überkapazitäten bei der Verbrennung von Abfällen (inkl. sog. Ersatzbrennstoffe) geschaffen werden. Die Folge werden auch hier wieder massiv steigende Energiekosten sein, weshalb zu befürchten ist, dass ENKA in einigen Jahren wieder vor ähnlichen Problemen stehen wird wie heute.

Weiter kämpfen wir dafür, dass die Firma ENKA aufhört, ihre Anlage mit Abfallverbrennungsanlagen von Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre zu vergleichen. Diese sind wegen ihrer massiven Belastungen z. B. durch Dioxine längst verboten. Vielmehr sollte sie sich an Abgasreinigungsanlagen orientieren, die vorbildlich sind (wie z.B. die Anlage in Bielefeld). Diese sind zwar etwas teurer, bieten aber eine deutliche bessere Abgasreinigung und zudem mehr Schutz bei – leider immer möglichen – Havarien.